

Volker Düsberg

Operation Großtheorie¹

Plädoyer für eine Renaissance der Grundlagenforschung in den IB²

Ausgangspunkt: Neubestimmung einiger zentraler politikwissenschaftlicher Kategorien

Seit der US-amerikanischen Intervention im Irak 2003 ist eine Renaissance *national-staatlich* agierender Groß- und Mittelmächte zu konstatieren und damit eine wieder verstärkt von politischen Differenzen und *Machtrivalitäten* gekennzeichnete internationale »Ordnung«. Sei es der zunehmende (ökonomische) Wettbewerb zwischen den USA und China (neuerdings auch ein sich abzeichnender verschärfter Wettbewerb USA – EU, insbesondere D); seien es die militärisch geleiteten Aktivitäten Russlands in seiner engeren Einflussphäre (Krim, Ukraine) sowie in der weiter gefassten (Syrien, Naher Osten); seien es die Drohgebärden der Türkei oder aber das Betonen der nationalen Souveränität etwa vonseiten Großbritanniens, Polens oder Ungarns. In den drei zuletzt genannten Fällen sowie neuerdings im Fall der USA gegenüber seinen »NAFTA-Grenzstaaten« Mexiko und Kanada geht es insbesondere um Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und *Grenzsicherungsfragen* – alle drei klassische nationalstaatliche Souveränitätsfragen. Erweitert um nationale Sicherheitsfragen, die insbesondere durch den transnational virulent gewordenen (IS-)Terrorismus sowie die enormen Migrationsströme auf die politische Tagesordnung vor allem Europas und Afrikas getreten sind, muss damit auch die klassische weltpolitische Machtfrage gestellt werden, die in ihrer aktuellen Variante etwa so lauten könnte: Inwieweit kann eine derartig kompetitive (ökonomisch-technologisch-globalisierte) und ideologisch heterogen strukturierte politische Welt wie die gegenwärtige *ohne* eine diese konfliktrichtige Komplexität

- 1 Dieser Beitrag möchte zum *grundsätzlichen* Nachdenken anregen: Über die in der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) verwendeten, unterschiedlich motivierten zentralen Kategorien, die formulierten allgemeinen Annahmen und unterschiedlichen Aussagen über die entscheidenden Akteure, ihre Ziele und Präferenzen, über die Qualität und die Struktur ihrer Handlungsumfelder, über die zentralen Antriebsmomente der internationalen Politik, ihre grundlegenden Probleme und ihre Entwicklungsperspektiven. Genau diese Aspekte politikwissenschaftlicher Forschung nennt Gert Krell als wesentlich für die Entwicklung und Beschäftigung mit *Großtheorien*. Ich habe diesen Beitrag entsprechend programmatisch überschrieben. Vgl. Gert Krell, »Theorien in den internationalen Beziehungen«, in: Manfred Knapp / Gert Krell (Hg.), *Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch*, München und Wien ⁴2004, S. 57-90.
- 2 Die nachfolgenden Ausführungen fassen wesentliche Ergebnisse meiner Dissertation, *Vereinheitlichung und Differenzierung. Zur Systematik einer Theorie von der politischen Welt*, Universität der Bundeswehr München 2016, zusammen.

widerspiegelnde, *kulturell fundierte* Macht- bzw. Mächte-Typologie fruchtbringend analysiert werden?

Oder, *sozialpsychologisch* gewendet: Wie erforscht man die daraus resultierende wachsende Unsicherheit der Menschen und deren damit zu erklärendes (Wahl-)Verhalten angemessen?

Gerade im globalen-digitalen Zeitalter der zunehmenden Vereinheitlichung von Menschen (als »Zielgruppen«), Dingen (als vernetzbare »Facilities«), Räumen (als Märkte), Geschmäckern (als Algorithmen) und Verhaltensweisen (als Konsumgewohnheiten) werden politisch-soziale Zuschreibungen und Identitätsfragen in gleichem Maße wichtiger für das psychosoziale Leben (Glück, Sicherheit) wie die damit einhergehenden Wohlstandsversprechen. Schließlich führen die, insbesondere durch die digitale Revolution ausgelösten Veränderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen nahezu sämtlicher Menschen auf diesem Planeten zu enormen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und damit auch politischen Veränderungsprozessen, die eigentlich nach institutioneller und rechtlicher *Vereinheitlichung* verlangen, zunehmend zum genauen Gegenteil: Viele Menschen sehnen sich nach *politischer*, sprich nationaler *Kontinuität* (Souveränität) in Zeiten *gesellschaftlichen Wandels*.³ Insbesondere in EU-Europa als dem weltweit am weitesten entwickelten Integrationsgebilde lässt sich deshalb in den letzten Jahren folgendes Muster beobachten:

Ein »Zuviel« an institutioneller Vereinheitlichung führt im internationalen System mit der Zeit zu Differenzierungsprozessen in der Peripherie und zum Wiedererstarken des kulturellen Eigensinns (= *Differenzierung*), insbesondere aufseiten von sich benachteiligt glaubenden Staaten/Gemeinwesen. Werden die Herausforderungen (Lern- und Anpassungsfähigkeit, Innovationskultur) an eine politisch verfasste Einzelgesellschaft infolge der weltweiten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse als übermäßig groß empfunden, kommt es zu konservativen, teilweise reaktionären politischen Gegenbewegungen.

Berücksichtigen wir als Politikwissenschaftler die sich in diesem Zusammenhang stellenden *Sinnfragen* von Kollektiven (!) angemessen, oder sind wir vielleicht zu stark auf das Individuum als Akteur konzentriert bzw. auf abstrakte, autopoietische oder institutionalisierte »Systeme«? Diese Fragen stellen, heißt sie zu beantworten. In diesem Beitrag soll dies zunächst in der Vorstellung von fünf zentralen Thesen geschehen.

Erstens: Wir benötigen eine zeitgemäße Neubestimmung des Terminus »Grenze« – materiell, kulturell, juristisch.

3 Vgl. zu den technologischen Umwälzungen und Verheißungen Erik Brynjolfsson / Andrew McAfee, *The Second Machine Age. Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*, Kulmbach 2004; zum schwierigen Verhältnis von Globalisierung, nationaler Souveränität und Demokratie Dani Rodrik, *Das Globalisierungs-Paradox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft*, München 2011; zu den unterschiedlichen, schwerlich miteinander zu vereinbarenden Wirtschafts- und Währungsvorstellungen der Eurostaaten und den daraus resultierenden Problemen Markus K. Brunnermeier / Harold James / Jean-Pierre Landau, *The Euro and the Battle of Ideas*, Princeton und Oxford 2016.

Zweitens: Wir benötigen ein nüchternes Verständnis des Phänomens »Komplexität« – und keine Mystifizierung.

Drittens: Wir benötigen – wieder einmal – ein neues, zeitgemäßes Verständnis des Phänomens »Macht«.

Viertens: Die Etablierung der *Sozialpsychologie* als der zentralen Hilfswissenschaft der IB ist überfällig.

Fünftens: Die Frage nach den Ursachen von (politischer) *Kontinuität* und (gesellschaftlichem) *Wandel* ist für die IB zentral, aber noch nicht überzeugend beantwortet.

In einem zweiten Schritt soll dann eine neue Untersuchungskategorie »Politische Kulturen der Welt« skizziert werden, mit deren Hilfe die Dialektik von politischer Kontinuität und gesellschaftlichem Wandel auf einzelstaatlicher sowie Vereinheitlichung und Differenzierung auf der globalen Ebene näherungsweise erklärt werden können. Im abschließenden dritten Teil wird sodann zusammenfassend und ausblickend versucht, die Konturen einer zeitgemäßen Großtheorie zu skizzieren, die dem Untersuchungsgegenstand der IB angemessen wäre.

1. Fünf Gründe für eine Renaissance der Grundlagenforschung in den IB

1.1 Wir benötigen eine zeitgemäße Neubestimmung des Terminus »Grenze« – materiell, kulturell, juristisch

Viel ist in der Szene diskutiert worden über die Antiquiertheit des Territorialstaates, über methodologischen Nationalismus, Containergesellschaftsbilder, »Raumrevolutionen«⁴, »transnationale Demokratie« (J. Habermas), »Weltinnenpolitik« (U. Beck). Wenig hingegen wurde publiziert, um den Sinn oder Unsinn politischer Grenzziehungen zu beleuchten.

Das ist misslich, denn der Grund und Vorteil solcher Grenzziehungen könnte darin liegen, dass unter *identitätsbildenden* und relative *Vielfalt integrierenden*, vor allem aber auch unter *funktionalen* Gesichtspunkten kein anderes Medium existiert, das wie nationale Grenzen vier Funktionen auf einmal erfüllt: eine rechtliche, eine sozialpsychologische, eine ideologische und eine sicherheitspolitische.⁵

In einer Welt, in der zerfallende Staaten gefährliche Machtvakua hinterlassen, in der Terrornetzwerke, private Militärdienstleister und Großspekulanten grenzenlos, aber »wenig« demokratisch legitimiert aktiv sind, fragt man sich, wie anders, als »politisch gerahmt« eine politische Ordnung (wieder-)hergestellt werden könnte. Anders gesagt: »Die Genese einer politischen Ordnung hängt an der Eingrenzung von Räumen und an der Grenzziehung in Räumen, mithin an der Begrenzung des Raumes, für den eine politische Ordnung Geltung beansprucht. Eine politische Ordnung kann nicht gren-

4 Vgl. Herfried Münkler, *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2015, Kap. 13.

5 Vgl. Hartmut Behr, *Entterritoriale Politik. Von den internationalen Beziehungen zur Netzwerkanalyse. Mit einer Fallstudie zum globalen Terrorismus*, Wiesbaden 2004, S. 98-105.

zenlos sein.«⁶ »Aber«, hört man sogleich die Entgrenzer und Wissenschaftler vom Globalen entgegen – aber, was ist mit der EU, mit dem System von Schengen, kurz: mit der Idee der ›Mehr-Ebenen-Demokratie‹? Antwort eines »nationalen« EU-Ministers: »Technisch beschrieben, wäre Europa so etwas wie eine ›Mehr-Ebenen-Demokratie‹: kein Bundesstaat, dessen Schwergewicht im Zentrum eines quasinationalstaatlichen Gemeinwesens läge. (...) Europa wäre [?!] ein sich ergänzendes, ineinandergreifendes System von Demokratien verschiedener Reichweite und Zuständigkeiten: eine national-europäische Doppeldemokratie.«⁷ Wohlgemerkt: »Technisch beschrieben«, Identitätsfragen, und um solche geht es in Fragen nationaler Grenzziehungen vor allem, sind nun allerdings am allerwenigsten – *technische* Fragen! Wir sehen: Nicht nur vor dem Hintergrund der Migrationsbewegungen, die EU-Europa seit 2015 vermehrt beschäftigen, spielen Grenzfragen (in Ungarn, GB, Griechenland, der Türkei etc.) eine bedeutende Rolle und verdienen deshalb m. E. eine neue, intensive Debatte. Deren Ausgangsfrage könnte lauten, »wie das Ziel der Transformation [nicht der Abschaffung!] nationalstaatlicher Grenzen und Identitäten zu erreichen wäre.«⁸ Und sie könnte sich fortsetzen in folgender Erkenntnis: »Grenzen lassen sich nicht dadurch überwinden, dass man sie bekämpft [oder ignoriert⁹], sondern werden am besten dadurch unterwandert, dass man sie anerkennt.«¹⁰ Etwas anspruchsvoller, systemtheoretischer gefasst: »Der Sinn von Grenzen liegt in der Begrenzung von Sinn.«¹¹ Deshalb beschäftigen sich etwa auch politische Soziologen und soziologische Politikwissenschaftler des WZB interdisziplinär u. a. mit der Frage, wie offen nationale Grenzen heutzutage sein sollten, könnten, müssten. Unglücklicherweise setzen diese Untersuchungen aber auf einem m. E. falsch konzeptionalisierten, dialektischen, das WZB spricht gar von einem »agonalen« Modell auf, nämlich auf den Konfliktlinien von »Kommunitarismus und Kosmopolitismus«.¹² Unglücklich daran ist nicht die Kontrastierung dieser beiden Denkschulen der Disziplin; unglücklich daran ist, dass empirisch gesehen – bis auf eine kleine transnationale Funktionselite – kein Bewusstseinszustand »Kosmopolit« bei den

6 Münkler, Kriegssplitter, aaO. (FN 4), S. 301, Hervorhebungen im Original.

7 Wolfgang Schäuble, »Die neue europäische Ernsthaftigkeit« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Mai 2014.

8 Thomas Diez, »Weltgesellschaft kontra internationale Gesellschaft? Anmerkungen zur Konflikthaftigkeit und Unterwanderung von Grenzen« in: Thorsten Bonacker / Christoph Weller (Hg.), *Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure – Strukturen – Dynamiken*, Frankfurt am Main 2006, S. 175-196, S. 176.

9 So etwa Mathias Albert und Rudolf Stichweh in ihren Beiträgen in dem von ihnen herausgegebenen Reader Dies. (Hg.), *Weltstaat und Weltstaatlichkeit: Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung*, Wiesbaden 2007.

10 Diez, Weltgesellschaft kontra internationale Gesellschaft?, aaO. (FN 8), S. 176.

11 Helmut Willke, *Systemtheorie I: Grundlagen. Eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme*, Stuttgart ⁶2000, S. 51.

12 Zitiert nach Gerald Wagner, »Wo liegen unsere Grenzen?« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Januar 2017.

Milliarden Erdenkindern vorzufinden ist.¹³ Gleiches gilt für den vermeintlich nationalistische Gesellschaftsvorstellungen repräsentierenden Terminus »Kommunitarismus«. Denn leider ist er viel zu wenig differenziert, um ungarische Rechtspopulisten, polnisch-katholische Traditionalisten, türkische Nationalisten, russische Imperialisten und etwa sunnitische Islamisten subsumieren zu können. Klug und richtig ist hingegen der Zugang – einiger – der WZB-Direktoren über die Kategorien »Gesellschaftskultur« und »Legitimitätsfragen national-staatlicher Demokratie versus supranationaler oder gar transnationaler«. Erkenntnis eins des Soziologen Ruud Koopmans: Die Gesellschaftskultur beurteilt den Nationalstaat weniger nach Effizienz, Kompetenz und Funktionalität, sondern sieht in ihm eine *kulturelle* Identität der Mehrheitsgesellschaft verwirklicht.¹⁴ Entsprechend bedeutsam werden Grenzfragen bzw. die Frage, wer Teil der Mehrheitsgesellschaft ist oder sein sollte (Einwanderung) bzw., ob man mit Übertritt auf ein »fremdes« Territorium *faktisch* dessen Bürgerrechte erwirbt (weil in der Folge über Jahre nicht endgültig darüber entschieden bzw. nicht abgeschoben wurde).

Nicht nur solche, vor allem aber solche *staatsbürgerrechtlichen* Fragen allein verdienen schon eine Neubestimmung bzw. -konzeptionalisierung des Terminus »Grenze«.

1.2 Wir benötigen ein nüchternes Verständnis des Phänomens »Komplexität«

Seit Jürgen Habermas 1985 beim Blick in die Welt eine »Neue Unübersichtlichkeit« konstatierte, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Unternehmensberater, Politiker, Soziologe oder Bundeskanzler die zunehmende Komplexität der Welt wahlweise feststellt oder beklagt. Was beide Schlagwörter eint, sind die mit ihnen inhaltlich verbundenen Konsequenzen eines fundamentalen gesellschaftlichen Wandels. Laut Habermas sehen wir uns spätestens seit den 1980er Jahren tiefgreifenden kulturellen, vor allem aber postindustriellen Veränderungen ausgesetzt. Dieser Transformationsprozess drücke sich in vielfältigen Formen von Pluralisierung und Individualisierung sowie – gleichzeitig – in einer Zunahme von sozialer Ungleichheit bei gleichzeitigem Massenwohlstand aus. Was von Habermas als grundsätzliche gesellschaftsphilosophische Reflexion über die Moderne begonnen wurde, hat sich in der Folge zu einer Art sozialwissenschaftlicher »Beschwörungsformel« entwickelt. Ihren vermeintlichen Gehalt beziehen die »Komplexitätsdebatten« dabei aus der systemtheoretisch gewonnenen Erkenntnis, dass alles Soziale Kommunikation sei und dass die weltweit kommunizierende Weltkommunikationsgesellschaft zunehmend mehr kommuniziert, sich aber immer weniger zu verständigen vermöge bzw. bereit dazu sei. Das klingt in der Tat hyperkomplex nach Utopiekrise. Für die utopiefreudige Politikwissenschaft hat dies Konsequenzen: sie blickt trendhungrig Richtung trendforschender Soziologie und

13 Es sei denn, man erklärt jeden »zukunftsoffene[n] Bürger« zum »Weltbürger«, wie dies Otfried Höffe unternimmt. Dann reicht schon das Bewusstsein, um das Sein als Kosmopolit zu bestimmen. Siehe hierzu Otfried Höffe, »Auf dem Weg zum Weltbürger« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Januar 2017.

14 Zitiert nach Wagner, *Wo liegen unsere Grenzen?*, aaO. (FN 12).

– wird fündig: »Die meisten wirklich öffentlich anschlussfähigen Diagnosen der Gesellschaft (...) scheinen besonders einen Zweck zu haben: *die erhebliche Komplexität und Unübersichtlichkeit, die Perspektivendifferenz und Widersprüchlichkeit der modernen Gesellschaft zu negieren oder zu ignorieren.*«¹⁵ Das ist, nicht nur politisch, sondern vor allem auch wissenschaftstheoretisch, sehr schlimm! Denn »[v]on Komplexität zu erzählen beziehungsweise die merkwürdig nicht linearen Bedingungen komplexer Ordnungsbildung zu diskutieren, heißt letztlich, von der Unmöglichkeit jener Erzählbarkeit, in der Geschichten stets aufgehen, zu erzählen.«¹⁶ Was tun? Aufgeben, zu erzählen? Erstens, sich verabschieden von der »*epistemozentrischen* Vorstellung der Welt als Gründewelt (...).«¹⁷

Zweitens, die »Unwahrscheinlichkeit der Identität von Eigen- und Kollektivinteresse«¹⁸ stärker berücksichtigen. Drittens, akzeptieren, dass die Komplexität der modernen Welt »Gesellschaft tatsächlich unbeschreibbar [macht] – in dem Sinne, dass über sie immer mehrere Geschichten gleichzeitig erzählt werden können, will man nicht dem Fantasma einer koordinierenden Einheit unterliegen.«¹⁹ Genau diesem Fantasma allerdings unterliegt der Politiker qua Recht und Gesetz und mit ihm einige – vermeintlich – unterkomplex denkende Politikwissenschaftler. In diesem Sinne plädiere ich *nicht* – wie der eben zitierte Armin Nassehi – für eine neu zu begründende »Beschreibungstradition für Komplexität«²⁰, sondern für eine andere, politikwissenschaftliche Beschreibung (Erfassung) der koordinierenden Einheiten namens staatlich verfasste Gemeinwesen. Dazu habe ich eine Typologie der politischen Kulturen der Welt entwickelt (s.u., Kapitel 2). Basis dieser Typologie ist die These, dass die *politische* Welt der Gegenwart keineswegs zu komplex organisiert ist, als dass man sie erkenntnisgewinnbringend analysieren, beschreiben und also verstehen könnte. Denn: Ihre Struktur folgt einigen wenigen Prinzipien, die ebenso bekannt wie – mehrheitlich – vertraglich kodifiziert sind. 1. Dem Institut der territorialstaatlichen Souveränität – heute zeitgemäß in erster Linie verstanden als Volkssouveränität. 2. Organisatorisch-funktional gesehen entwickelte sich aus dem Strukturprinzip der inneren und äußeren »Souveränität« eine erhebliche funktionale Angleichung bzw. Gleichartigkeit der einzelstaatlich verfassten Kollektive – nach dem Prinzip effektiver Lenkung und Steuerung. 3. Aufgrund der ähnlichen bzw. gleichen Anforderungen, welche die politische Umwelt sowie die Aufgaben im Inneren der Organisationseinheiten »Staaten« stellen, gleichen sich auch ihre Beziehungs- und Handlungsformen untereinander. 4. Überdies ergibt sich daraus die Vergabe und Übernahme von bestimmten Rollen zwischen den Einheiten – intra- und interstaatlich ebenso wie intra- und interkulturell. 5. Gleichviel, das

15 Armin Nassehi, *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*, Hamburg 2015, S. 12, Hervorhebung im Original.

16 Nassehi, *Die letzte Stunde der Wahrheit*, aaO. (FN 15), S. 25.

17 Nassehi, *Die letzte Stunde der Wahrheit*, aaO. (FN 15), S. 43, Hervorhebung im Original.

18 Nassehi, *Die letzte Stunde der Wahrheit*, aaO. (FN 15), S. 74.

19 Nassehi, *Die letzte Stunde der Wahrheit*, aaO. (FN 15), S. 141.

20 Nassehi, *Die letzte Stunde der Wahrheit*, aaO. (FN 15), S. 44.

erste Strukturprinzip der politischen Welt ist die (funktionale) Autonomie seiner Teile. Diesen fällt deshalb auch die Ordnungs-, Sicherheits-, Wohlfahrts- und die Identitätsfunktion zu. 6. In der Konsequenz des einzelstaatlichen Autonomie- bzw. Autarkiestrebens entsteht so ein (anarchisches) internationales Selbsthilfesystem politische Welt. Doch wo rechtlich Anarchie herrscht, herrscht faktisch immer auch Hierarchie. »Die Hierarchie der Staatenwelt bietet sowohl in der hegemonialen wie in der imperialen Variante die Möglichkeit, die Anarchie der Staatenwelt zu überwinden, weil die großen Mächte, die an der Spitze der Hierarchie stehen, (...) quasi stellvertretend für den nicht vorhandenen Weltstaat den Bedarf nach zwischenstaatlicher Verregelung (..) decken.«²¹ 7. Fazit: Unter dem Primat der Systemstruktur – im politischen Kontext generell: »Hierarchie« (faktisch), im internationalen System »konstitutionelle Anarchie« (per Völkerrecht) – und der Systemprinzipien relative »Autonomie«, im internationalen politischen Kontext »formale Gleichheit« und »Wettbewerb«, vollziehen sich (politische) Prozesse (Interaktionen) problem- bzw. sachbereichsorientiert. Mit der damit einhergehenden Komplexität im sozialen Miteinander haben die Menschen seit ihrer Entstehung gelernt problemlösend umzugehen – individuell und kollektiv organisierte Problemlösungsstrategien gehören gewissermaßen zur DNA des Menschen.

1.3 Wir benötigen – wieder einmal – ein neues, zeitgemäßes Verständnis des Phänomens »Macht«

Zwei Beobachtungen von zwei weithin geachteten Politikwissenschaftlern mögen diese These erhärten. Erstens: »Unsere Welt ist weder unipolar noch multipolar, noch chaotisch – sie ist alles zugleich und auf einmal.«²² Und zweitens: »Die Raumrevolution, mit der wir es [heute] zu tun haben, ist dadurch gekennzeichnet, dass die Epoche des Territorialstaats als Monopolist des Politischen zu Ende geht und sich mit dem Ende dieser Monopolstellung auch die Grammatik von Krieg und Frieden grundlegend verändert.«²³ Beide Zitate machen deutlich: Die klassischen Macht- und Ordnungsvokabulare²⁴ scheinen heute nur noch wenig zu taugen. Wenn Polarität und Staatlichkeit keine hinreichenden Bezugspunkte eines zeitgemäßen Machtverständnisses mehr sein sollten, hilft uns vielleicht eine ebenso knappe wie zeitlose Machtdefinition von Anthony Giddens weiter. Giddens definiert Macht »als die Fähigkeit, Ergebnisse herbeizuführen.«²⁵ Diese Machtbestimmung erscheint elegant, ist allerdings wenig geeignet, beispielsweise politische Macht von anderen Machtausprägungen zu unterscheiden

21 Ulrich Menzel, »Die Ordnung der Welt« in: *Jahrbuch 2012 der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft*, Braunschweig 2012, S. 166-189, S. 167f..

22 Joseph S. Nye, *Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter*, München 2011, S. 307.

23 Münkler, Kriegssplitter, aaO. (FN 4), S. 306.

24 Genannt seien als Fundorte derselben die Klassiker von: James G. March, Robert Dahl, Hans J. Morgenthau, Kenneth E. Boulding und Harold Lasswell.

25 Anthony Giddens, *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt a. M./New York³1997, S. 314.

oder gar verschiedene politische Machtbegriffe zu konzeptionalisieren. Genau dies erscheint jedoch gegenwärtig notwendig, wenn wir etwa die zunehmende Macht Googles/Facebooks unterscheiden wollen von derjenigen der NSA und diejenige etwa der Volksrepublik China von derjenigen des »Islamischen Staates« – um nur einige bedeutsame Akteure des globalen, transnationalen und internationalen Systems zu nennen. Blicken wir in die Literatur und betrachten wir die »Machtbeiträge« innerhalb der Disziplin, so werden wir zwar vielfach fündig²⁶, aber nicht wirklich zufriedengestellt.²⁷ Denn sicherlich ist es hilfreich, zwischen *hard power*, *soft power*²⁸ und *smart power*²⁹ ebenso zu unterscheiden wie zwischen *compulsory power*, *institutional power*, *structural power*, and *productive power*³⁰; und *normative (EU) power*³¹ ist etwas anderes als (globale) *network power*³², *symbolic power*³³ wiederum ist keine *coercive power* und *communicative power*³⁴ schon gar nicht. Doch werden mit diesen Macht-Typologien soziale Beziehungen in ihrer Vielfalt eher reflektiert als handlungstheoretisch strukturiert. Weiterführende Erkenntnisse versprechen hingegen Unterscheidungen wie die Folgenden: *power over* vs. *power to*³⁵, *conflictual* vs. *consensual power*³⁶ oder auch *dispositional* vs. *episodic power*³⁷.

Mein Impuls allerdings, die »Machtfrage« in den IB wieder einmal zu stellen, folgt der Annahme, internationale Beziehungen seien nur angemessen zu verstehen und zu analysieren, wenn man die politische Welt als dialektisches Konstrukt aus systemisch-

- 26 Einen hervorragenden Überblick geben Michael Barnett / Raymond Duvall, »Power in International Politics« in: *International Organization* 59, Nr. 1 (1995), S. 39-75 sowie dies. (Hg.), *Power in Global Governance*, Cambridge 2005 sowie Felix Berenskoetter und Michael J. Williams (Hg.), *Power in World Politics*, New York 2007. Aktueller: Martin A. Smith, *Power in the Changing Global Order: The US, Russia and China*, Cambridge 2012; David A. Lake, *Hierarchy in International Relations*, Ithaca 2009; Steven Lukes, *Power: A Radical View*, Basingstoke 2005; Martin J. Smith, *Power and the State*, Basingstoke 2009; Keith Dowding, »Agency and Structure: Interpreting Power Relationships« in: *Journal of Power Studies* 1, Nr. 1 (2008), S. 21-36; G. John Ikenberry, *Liberal Order and Imperial Ambition. Essays on American Power and International Order*, Cambridge 2006.
- 27 Mit einer Ausnahme: Wolfgang Kersting, »Drei Theorien der Macht« in: *Analyse & Kritik* 13, Nr. 2 (1991), S. 134-154.
- 28 Joseph S. Nye Jr., *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004.
- 29 Joseph S. Nye Jr., *The Future of Power*, New York 2011.
- 30 Barnett / Duvall (Hg.), *Power in Global Governance*, aaO. (FN 26).
- 31 Thomas Diez / Ian Manners, »Reflecting on Normative Power Europe« in: Berenskoetter / Williams (Hg.), aaO. (FN 26), S. 173-188.
- 32 David Grewal, *Network Power: The Social Dynamics of Globalization*, New Haven und London 2010.
- 33 Pierre Bourdieu, »Social Space and Symbolic Power« in: *Sociological Theory* 7, Nr. 1 (1989), S. 14-25.
- 34 Jürgen Habermas, »Hannah Arendt's Communicative Concept of Power« in: Lewis P. Hinchman / Sandra K. Hinchman (Hg.), *Hannah Arendt: Critical Essays*, New York 1994, S. 211-230 und Thomas Risse, »'Let's Argue!': Communicative Action in World Politics« in: *International Organization* 54, Nr. 1 (2000), S. 1-39.
- 35 Vgl. Peter Morriss, *Power: A philosophical analysis*, Manchester 1987 und 2002.
- 36 Mark Haugaard, »Levels of Conflict and Consensus« in: ders. (Hg.), *Power: A Reader*, Manchester 2002, S. 307-328.
- 37 Peter Morriss, *Power*, aaO. (FN 35), 2002, Kap. 1.

strukturellen und politisch-kulturellen (Abhängigkeits-)Beziehungen begreift. Tut man dies, erkennt man zum einen (Groß-)Mächte, die über relativ bedeutsame (i) *coercive power* verfügen, solche, die für ein hohes Maß an (ii) *bargaining power* stehen, solche, deren (iii) *collective power* beeindruckt und schließlich solche, deren weltweiter Einfluss wahlweise mit (iv) *institutionalized* oder (iv a) *diffused power* am angemessensten umschrieben ist. Idealtypisch für (i) mag Russland stehen, für (ii) die USA, für (iii) China, aber auch Indien und – mit Abstrichen – die Türkei. Idealtypisch für (iv) sehe ich die Europäische Union, für (iv a) die Bundesrepublik Deutschland. Nun wird der kritische Leser einwenden, dass die USA über mindestens so viel *coercive power* verfügen wie Russland und dass auch die Volksrepublik China für nennenswerte *coercive power* steht. Aus diesem Grund sieht mein unten näher beschriebenes »Modell der politischen Kulturen der Welt« folgende vier, etwas anders motivierte machtpolitische Idealtypen vor: 1. Market power. 2. Material power. 3. Collective power. 4. Diffused/soft power.

Aus Platzgründen sollen diese Machtkategorien hier nicht weiter ausdifferenziert werden³⁸. Stattdessen mögen einige weitere metatheoretische Ausführungen nachvollziehbar darlegen, warum ich gerade diese vier »Kandidaten« als die geeignetsten für die Analyse der politischen Welt erachte. Zunächst einmal sei daran erinnert, dass es sich bei sozialen Beziehungen immer um Macht-, sprich Abhängigkeitsbeziehungen handelt.³⁹ Deshalb sind soziale, zumal politische Beziehungen auch *stets* latent konflikthaft. Aus diesen beiden Einsichten folgt drittens, dass die systematische Beschäftigung mit »Machtausprägungen« und »-phänomenen« wie etwa »Machtausübung«, »Machtverteilung« oder »Machtbeschränkung« idealerweise »Macht« als »dispositional concept«⁴⁰ operationalisieren sollte. Überdies sei daran erinnert, dass der Machtbegriff nicht zuletzt ein Leit- und Orientierungsbegriff *an sich* ist, an dem sich das »Licht der großen Kulturprobleme« bricht, von dem Max Weber gesprochen hat (...), der normative Einstellungen und Wertideen reflektiert und einen großen normativen Herausforderungswert besitzt, der die kulturelle Selbstverständigung (...) veranlaßt.«⁴¹ In diesem Sinne ist mein – vor allem der »Kultur der Authentizität« (s.u.) zugeschriebenes – Wettbewerbsprinzip der »collective power« zu verstehen. In solcherart kulturell fundierten Einzelgesellschaften findet ein Großteil der kulturellen Selbst-Verständigung tatsächlich über die für und durch das Kollektiv erzielten Erfolge statt – als Ergebnis der »besonderen«, »nationalen« Fähigkeiten – sowie über die Steigerung der kollektiven Handlungsmächtigkeit. Denn dadurch wird die Gesamtgesellschaft im Inneren und der Staat im internationalen Wettbewerb in ihrer/seiner herausragenden Besonderheit verstanden, gemessen und gestärkt (und damit sein Beharrungsvermögen gesteigert).

38 Vgl. hierzu Volker Düsberg, Vereinheitlichung und Differenzierung, aaO. (FN 2), Dritter Teil.

39 Selbst in den »auf den ersten Blick so machtferne[n] Beziehungen wie Fürsorge, Freundschaft oder Liebe (...) bedeutet [Macht] für den, der ihr ausgesetzt ist, immer Abhängigkeit.« In: *Staatslexikon*, Bd. 3, Freiburg ⁷1987, S. 979.

40 Vgl. Morriss, Power, aaO. (FN 35) 1987, S. 14.

41 Kersting, Drei Theorien der Macht, aaO. (FN 27), S. 135.

gert). Sozial-philosophisch und nationalstaats-ideologisch gesehen liegt diesem Selbstverständnis ein Machtverständnis zugrunde, das Hannah Arendt wie folgt gefasst hat: »Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur so lange existent, als die Gruppe zusammenhält.«⁴² Anders als auf ein solches kommunitäres Machtverständnis, setzen Einzelstaaten und -gesellschaften, die stärker durch eine »Kultur der Selektion« gekennzeichnet sind, vor allem auf »*material power*«. Das »Politische« in Systemen mit einer solchen politischen Kultur folgt denn auch einer herrschaftstechnischen Rationalität – das heißt: »Machtakkumulation durch Mittelvermehrung, Einflußsteigerung, moralische Enthemmung und zunehmende Gewaltbereitschaft«⁴³ sind in dieser Denkungsart probate Mittel zur Verdrängung Dritter, mit denen man sich im Wettbewerb um internationale öffentliche Güter sieht. Dagegen steht das Machtverständnis von Gesellschaften bzw. Staaten, für die eine politische »Kultur der Differenz« Handlungsgrundlage ist. Für sie sind zwischenmenschliche Beziehungen zuallererst Austauschbeziehungen einander differenter Teilnehmer. Diese unterscheiden sich insbesondere »in der Beherrschung von Handlungsumständen; Macht über jemanden haben, heißt [in diesem Verständnis] Herr seiner Handlungsoptionen zu sein, heißt die Kosten der einzelnen Handlungsoptionen festlegen zu können.«⁴⁴ Diese »Macht-Logik« nenne ich »*market power*«. Denn sie unterstellt zwei zentrale Aspekte einer ökonomischen Rationalität: a) die Option der – mehr oder weniger – freien Wahl sowie b) eine Beziehung auf Gegenseitigkeit. Anders gesagt: »Wenn Machtverhältnisse als Tauschverhältnisse interpretiert werden, dann entdecken sich Machtverhältnisse als grundsätzlich reziprok strukturiert; und diese Wechselseitigkeitsrelation der Macht bleibt auch im Falle extremster Ungleichverteilung von Macht in Geltung.«⁴⁵

Ein wiederum anders gelagertes, viertes, Machtverständnis kennzeichnet die politische Kultur postmoderner Gesellschaften, die auf einer »Kultur der Inklusion« aufsetzen. Für sie ist »Macht« mehr oder weniger *systemisch-anonym* und gewinnt so selbst Subjektcharakter. »Mit von ihr selbst [= der Macht, VD] inszenierten Aufklärungs- und Wahrheitsdiskursen, die Freiheitsbreschen in den Panzer gesellschaftlicher Normalisierungs- und Disziplinierungsmacht schlagen wollen, erarbeitet sie sich immer subtilere Reproduktionsweisen (...).«⁴⁶ Diese Form von gleichermaßen allumfassend wirksamer gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer und kultureller Machtentfaltung nenne ich »*diffused power*«. Da sie zivilgesellschaftlich-rechtsstaatlich-pluralistisch-diskursiv produziert und reproduziert wird, ist sie außerdem mit dem Nye'schen Begriff der »soft power«⁴⁷ inhaltlich angemessen umschrieben.

42 Vgl. Hannah Arendt, *Macht und Gewalt*, München 1975, S. 45.

43 Kersting, *Drei Theorien der Macht*, aaO. (FN 27), S. 148.

44 Kersting, *Drei Theorien der Macht*, aaO. (FN 27), S. 142.

45 Kersting, *Drei Theorien der Macht*, aaO. (FN 27), S. 142.

46 Kersting, *Drei Theorien der Macht*, aaO. (FN 27), S. 138 mit Blick auf Michel Foucault, *Mikrophysik der Macht*, Berlin 1976, S. 23.

47 Nye Jr., *Soft Power*, aaO. (FN 28).

1.4 Die Einführung der Sozialpsychologie als der zentralen Hilfswissenschaft der IB ist überfällig

Es ist schon merkwürdig: Neo-Institutionalisten stellen sich die soziale Welt als ein Konglomerat vor, das durch und um das Individuum herum erfahren wird und aus Individuen besteht, Systemtheoretiker negieren Kollektive und ersetzen sie durch autopoietische Teilsysteme mit ihren je eigenen Codes, Dichotomien und losen Kopplungen und Sozialkonstruktivistinnen sowie Diskurstheoretiker sehen nicht Gruppen und Gruppeninteressen am Werk, sondern Ideen, Medien, Sprache, Kommunikation und Lernprozesse, kurz: Wissensteilung. Allein soziale Bewegungen und Gruppen, die politische Gesellschaften bilden und repräsentieren, sind derzeit in der Disziplin nicht besonders en vogue, nachdem es um den Kommunitarismus recht ruhig geworden ist. Einzig ex negativo, also etwa im elitär angewiderten Umgang mit den »Einheits-Volks-Ideen« der AfD oder dem Front National, kommen vermeintlich altertümliche bzw. reaktionäre Kategorien wie »Kollektive Identität(en)«⁴⁸, »Nationalstaaten« oder, *horribile dictu*, »Mehrheitsgesellschaften«, also *relativ* homogene soziale Gemeinschaften in den sozialwissenschaftlichen Diskursen vor. Sind also die Erkenntnisse der Sozialpsychologie⁴⁹ einzig interessant für die politikwissenschaftliche Parteien- und Extremismusforschung? Mitnichten.

Vor allem deshalb nicht, weil eines der wichtigsten Forschungsfelder der IB, die Konfliktforschung, recht eigentlich nicht auf die Erkenntnisse der Sozialpsychologie verzichten kann.⁵⁰ Denn »die meisten sozialen Konflikte [sind] im Kern Gerechtigkeitskonflikte.«⁵¹ Damit sind sie aber immer auch – individuelle wie kollektive – *Identitätskonflikte*. Warum? »Soziale Identität ist ein Teil des Selbstbildes, das Menschen von sich haben. Sie basiert auf dem Wissen (...), einer oder mehrerer sozialen Kategorien anzugehören bzw. bestimmten Kategorien nicht anzugehören, der Bewertung dieser

48 Vgl. beispielhaft die sehr kritischen Ausführungen von Lutz Niethammer, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek bei Hamburg 2000.

49 Die Sozialpsychologie beschäftigt sich insbesondere mit a) (sozialen) Aspekten der Wahrnehmung, b) gruppendynamischen Aspekten, c) Kommunikation und d) Wertvorstellungen und Normen. Siehe Mario Gollwitzer / Manfred Schmitt, *Sozialpsychologie: Workbook*, Weinheim 2006. Außerdem grundlegend: Philip E. Tetlock, »Social Psychology and World Politics« in: Daniel T. Gilbert / Susan T. Fiske / Gardner Lindzey (Hg.), *The Handbook of Social Psychology*, Boston ⁴1998, Bd. II, S. 868-912 sowie Wolfgang Stroebe / Klaus Jonas / Miles Hewstone (Hg.), *Sozialpsychologie. Eine Einführung*, Berlin und Heidelberg ⁴2002.

50 Vgl. etwa Vamik D. Volkan, *Psychoanalysis, International Relations, and Diplomacy: A Sourcebook on Large-Group Psychology*, London 2014 sowie ders., *Das Versagen der Diplomatie: Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte*, Gießen 2000. Ebenfalls instruktiv: Gert Sommer / Albert Fuchs (Hg.), *Krieg und Frieden: Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*, Weinheim u.a. 2004; Stavros Mentzos, *Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen*, Göttingen ²2002 sowie James W. Davis (Hg.), *Psychology, Strategy and Conflict. Perceptions of insecurity in international relations*, New York 2013.

51 Leo Montada, »Gerechtigkeitskonflikte und Möglichkeiten ihrer Lösung« in: Mario Gollwitzer / Sebastian Lotz / Thomas Schlösser / Bernhard Streicher (Hg.), *Soziale Gerechtigkeit. Was unsere Gesellschaft aus den Erkenntnissen der Gerechtigkeitspsychologie lernen kann*, Göttingen 2013, S. 35-54, S. 35.

Zugehörigkeiten (...) und den Gefühlen, die das Wissen und die Bewertung von Zugehörigkeiten begleiten.«⁵² Dieses Wissen und diese Gefühle verweisen direkt auf das eigene Gerechtigkeitsempfinden als der Bewertungsinstanz, die Urteile durch Vergleich herbeiführt. Allerdings, muss ergänzt werden, »soziale Identität« ist nicht zu denken bzw. zu haben, ohne kulturelle Identität. In diesem Zusammenhang haben die Arbeiten von Norbert Elias⁵³ und Talcott Parsons⁵⁴ gezeigt, dass gesellschaftliche und politische Gemeinschaften umso abhängiger von ihrem kulturellen System sind, je niedriger ihre soziokulturelle Entwicklung ist. In der Folge dieser Erkenntnisse darf gegenwärtig konstatiert werden, dass eine enorme Spannung festzustellen ist zwischen einer global wirksamen ideologischen Angleichung (ökonomisch-technologisch-säkular) bei gleichzeitiger kultureller Abgrenzung (religiös bzw. antireligiös, nationaler Traditionalismus versus »westlich-« legalistischer Menschenrechtsuniversalismus) in vielen Regionen und innerhalb von Staaten. All die genannten Beobachtungen sollten unbedingt Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchungen auf Basis und mithilfe sozialpsychologischen Wissens sein. Insbesondere die »Soziale Identitätstheorie«⁵⁵, die »Theorie des realistischen Gruppenkonflikts«⁵⁶ sowie die »Theorie distributiver Gerechtigkeit«⁵⁷ sind hierfür hervorragend geeignet.

Zwar werden sozialpsychologische Erkenntnisse durchaus in den IB gewürdigt und angewandt – etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik- sowie der Konfliktforschung. In der Regel geht es dabei allerdings um destruktive oder gar pathologische Phänomene wie übersteigerte Machtlust, Hass, Aggression, faschistischer Nationalismus bzw., allgemeiner, um Feindbilder, Fehlwahrnehmungen, Fehlkalkulationen oder *double standards*, also das Messen mit zweierlei Maß bei der Bewertung eigenen und fremden

52 Gollwitzer / Schmitt, Sozialpsychologie, aaO. (FN 49), S. 67. Vgl. dazu auch: Aleida Assmann, »Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht« in: *Leviathan* 21, Nr. 2 (1993), S. 238-253 sowie Robert Axtmann, »Kulturelle Globalisierung, kollektive Identität und demokratischer Nationalstaat« in: *Leviathan* 23, Nr. 1 (1995), S. 87-101; Mario Erdheim, »Das Eigene und das Fremde. Über ethnische Identität« in: *Psyche* 46, Nr. 8 (1992), S. 730-744 sowie Bernd Estel, »Grundaspekte der Nation« in: ders. / Tilman Mayer (Hg.), *Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven*, Opladen 1994, S. 13-81 und John C. Turner / Michael A. Hogg / Penelope J. Oakes / Stephen D. Reicher / Margaret S. Wetherell (Hg.), *Rediscovering the Social Group: A Self-Categorization Theory*, Oxford 1987.

53 Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1976.

54 Talcott Parsons, *Aktor, Situation und normative Muster. Ein Essay zur Theorie sozialen Handelns*. Herausgegeben von Harald Wenzel, Frankfurt a. M. 1986 (1939).

55 Siehe Henri Tajfel / John Turner, »The Social Identity Theory of Intergroup Behavior« in: Stephen Worchel / William Austin (Hg.), *Psychology of intergroup relations*, Chicago 1986, S. 1-24 sowie Henri Tajfel (Hg.), *Differentiation between social groups: Studies in the social psychology of intergroup relations*, London 1978.

56 Siehe Muzafer Sherif, *In common predicament: social psychology of intergroup conflict and cooperation*, Boston 1966.

57 Siehe Morton Deutsch, »Equity, equality, and need: What determines which value will be used as the basis for distributive justice?« in: *Journal of Social Issues* 31, Nr. 3 (1975), S. 137-149.

Verhaltens. Die zentrale Stellung aber, die der Sozialpsychologie meines Erachtens für das Verstehen der internationalen Politik bzw. ihrer *kollektiven Akteure* zukommen sollte, wird damit allerdings nur am Rande berührt. Sie liegt in der generellen Bedeutung, die einem Intergruppenverhalten⁵⁸ für Selbstzuschreibungen, vor allem aber für die Fremdwahrnehmung von Gruppenmitgliedern beigemessen wird. Anders gesagt: Wer man als Person ist, wird vor dem Hintergrund intergruppalen Verhaltens viel weniger wichtig als beispielsweise die nationale, religiöse oder etwa auch die Terrorgruppe, der man tatsächlich oder vermeintlich als Mitglied angehört bzw. mit der man tatsächlich oder vermeintlich sympathisiert. Damit werden Identitätsfragen wechselseitig ebenso virulent wie solche nach Solidaritäts- und Loyalitätsgewährung. Bedeutsam sind Intergruppenbegegnungen vor allem deshalb, weil sie in der Regel von stereotypisierten Wahrnehmungen und Verhaltensweisen bestimmt sind, die auf das Verhalten innerhalb der »eigenen« Gruppe zurückwirken und so Gefahr laufen, sich zu perpetuieren (»self fulfilling prophecy«). »Gleichzeitig wird [ein] Erfolg der Eigengruppe bei der Erreichung [eines] Ziels [, das im Wettbewerb mit einer bestimmten Fremdgruppe erlangt wurde,] mit großer Wahrscheinlichkeit durch sehr positive Einstellungen gegenüber anderen Mitgliedern der Eigengruppe gefördert; dadurch nehmen Gruppenmoral und Kohäsion zu.«⁵⁹ Anstatt nun aber Intergruppen(vor)urteile als Problem zu behandeln, sollten wir sie – zumindest auf der internationalen Ebene – als das konzeptionalisieren, was sie sind: »normale« Reaktionen gewöhnlicher Menschen ebenso wie delegierter Regierungsvertreter auf Intergruppensituationen, mit denen sie konfrontiert sind.⁶⁰ Bezogen auf das Thema dieses Aufsatzes folgt daraus zweierlei: Als Vertreter der IB sollten wir sozialpsychologische Grundlagenforschung betreiben und stärker zu begreifen suchen, warum sich gegenwärtig beispielsweise das »offizielle« Polen oder Ungarn, die »offizielle« Türkei oder auch die »Trump-USA« so verhalten, wie sie sich verhalten, und nicht reflexartig nach der Devise »haltet den Dieb« mit Schuldzuweisungen, Forderungen und Sanktionen reagieren. Intergruppenverhalten ist dialektisch strukturiert und bestärkt denjenigen besonders in seinem Verhalten, der sich stigmatisiert sieht. Deshalb ist es auch nur von begrenztem Nutzen, wenn etwa die Politische Psychologie *individuelle* Überzeugungen oder Einstellungen – etwa von Machthabern – kognitiv oder psychoanalytisch hinterfragt. Interessanter für das Verständnis der internationalen Beziehungen sind meines Erachtens vielmehr größere *Persongruppen* (Kollektive, staatlich verfasste Einzelgesellschaften) hinsichtlich der Frage, welche spezifischen Lebensweisen und Lebensdeutungen sie teilen. So stellt beispielsweise der Historiker Dominik Geppert mit Blick auf die Euro-Krise sehr zurecht fest: »Die Schwierigkeiten, die in die Krise geführt haben, wurzeln nicht in ungenügenden

58 Zum Themenkomplex »Intergruppenverhalten vs. interpersonales Verhalten« siehe Rupert Brown, »Beziehungen zwischen Gruppen« in: Stroebe / Jonas / Hewstone (Hg.), aaO. (FN 49), S. 537-576.

59 Brown, Beziehungen zwischen Gruppen, aaO. (FN 58), S. 547.

60 Und wenn sie nicht »normal« sein sollten, so werden sie zumindest als »Normopathie« eines bestimmten Kollektivs verständlich. Vgl. hierzu Hans-Joachim Matz, *Das falsche Leben. Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft*, München 2017, Kap. 13.

Transferzahlungen und auch nicht in fehlerhaften politischen Entscheidungsmechanismen. Ihren Kern bilden vielmehr jene politischen, kulturellen, mentalen, auch sozialen und ökonomischen Unterschiede, die gerade die Vielfalt unseres Kontinents ausmachen und ohne die Europa nicht Europa wäre.«⁶¹ Genau diese Unterschiede spiegeln sich nun allerdings in der Sozialpsychologie der diversen europäischen Gesellschaften wider. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die politische Verfasstheit eines Kollektivs Staatsgesellschaft sowie, damit verbunden, deren »kollektives Gedächtnis«.⁶² Sind Staaten bzw. ihre Gesellschaftsmitglieder davon überzeugt, ihre Kultur sei – etwa aufgrund ihrer Geschichte, Mythen, Religion – höherwertig als andere, ist Kommunikation auf Augenhöhe schwerlich möglich. In diesem Fall sind zwei unterstellte sozial-kulturelle »Codes« als Begründungsmuster denkbar. Zum einen der »Code of primordality«, zum anderen der »Code of sacredness«.⁶³ Weniger diskriminierend gegenüber Dritten ist der »Code of civility« gesellschaftlich prägend. In Gesellschaften, deren Gewohnheiten und Verhaltenserwartungen durch diesen »Code« verstehbar werden, werden bestimmte Regeln und Rituale als die bedeutsamsten Unterscheidungsmerkmale gegenüber anderen Kollektiven betrachtet.⁶⁴ Insoweit ist der Eintritt in eine Gruppe, deren Selbstverständnis auf dem »Code of civility« beruht, vergleichsweise am einfachsten. Gleichwohl sollten die Ausführungen gezeigt haben, dass kulturelle Codes bzw. Verhaltensweisen, Routinen, Regeln und Mythen, die in einer Gruppe Verbindlichkeit beanspruchen, keine individuellen oder gesellschaftlichen Defizite umschreiben, sondern für ein soziales Miteinander konstitutiv sind. Sie verweisen auf die Eigenart, den Eigensinn und die Einheit eines Kollektivs und sollten deshalb stärker politikwissenschaftlich erforscht und gewürdigt werden. Denn der Hauptgrund der gegenwärtigen »Weltunordnung«⁶⁵ liegt meines Erachtens in den diversen miteinander inkompatiblen politisch-kulturellen Ordnungen der Erde, deren Besonderheiten identitätsbildend und -prägend sind.⁶⁶

61 Dominik Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro*, Berlin 2013, S. 171. Vgl. zum Thema »unterschiedliche Wirtschaftskulturen« der Euro-Staaten die vier schwerlich zu harmonisierenden Kulturkreise, die Werner Abelshauer in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. März 2017 skizziert hat.

62 Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992, Drittes Kapitel.

63 Zum Thema »Codes kollektiver Identitäten« vgl. Shmuel Noah Eisenstadt / Bernhard Giesen, »The construction of collective identity« in: *European Journal of Sociology* 36, Nr. 1 (1995), S. 72-102.

64 Eisenstadt / Giesen, Construction of collective identity, aaO. (FN 62), S. 80ff..

65 Carlo Masala, *Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens*, München 2016.

66 Vgl. in diesem Zusammenhang die klugen Ausführungen von Dani Rodrik zum »politischen Trilemma der Weltwirtschaft«, welches das Resultat der unterschiedlichen politisch-kulturellen Ordnungen ist. Rodrik vertritt die These, freier Welthandel und unbegrenzte Mobilität von Kapital und Arbeit seien nicht mit unseren Vorstellungen von Demokratie und nationaler Souveränität vereinbar. Rodrik, *Das Globalisierungs-Paradox*, aaO. (FN 3). In einem ähnlichen Sinne argumentiert Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012*, Berlin 2013. Seine Analyse

1.5 Die Frage nach den Ursachen von (politischer) Kontinuität und (gesellschaftlichem) Wandel ist für die IB zentral, aber noch nicht überzeugend beantwortet

Erste Erkenntnis: Das eine, Wandel, ist ohne das andere, Kontinuität, nicht zu haben – und umgekehrt. Zweite Erkenntnis: Die »Synthese« aus Kontinuität und Wandel ist der moderne pluralistische Rechtsstaat. Denn er vereint einen auf Kontinuität hin konzipierten Rechtsrahmen mit auf Pluralismus und Veränderung angelegten politischen »Flexibilisierungsmechanismen«, sprich: demokratischen (Willensbildungs-)Institutionen. Selbstverständlich ist auch ein nicht-institutionell eingebetteter, revolutionärer Wandel denkbar – allerdings richtet sich auch und gerade dieser gegen die dann als überkommen bekämpfte Kontinuität politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse. Daraus folgt drittens: Die teilweise enorm wirkmächtige Dynamik, die von gesellschaftlichen, heute zunehmend transnationalen Veränderungsprozessen auf räumlich-kulturell etablierte Normsysteme einwirkt, kennt zweierlei »Verarbeitungsmechanismen«: universalistische und partikularistische, politisch gesprochen, revolutionäre oder reaktionäre. Dies führt viertens auf der weltpolitischen Ebene zu Vereinheitlichungs- und Differenzierungsprozessen. Politisch und politikwissenschaftlich versuchen wir diese Konstanten gesellschaftlichen Mit-, Neben- und Gegeneinanders mit sogenannten »Weltordnungskonzepten« zu greifen und zu bändigen. Bisher mit relativ mäßigem Erfolg, wie Jürgen Osterhammel richtig konstatiert: »Nach dem Ende des einseitigen Vertrauens in Gleichgewichtsautomatismen, die pazifizierenden Wirkungen des Marktes und die friedfertige Vernünftigkeit post-nationalistischer und post-imperialer Liberalität sucht die internationale Theorie nach einer praktikablen Versöhnung von Recht und Interesse.«⁶⁷ Dass sie damit möglicherweise über einen längeren Zeitraum nicht fündig wird, hat Carlo Masala gerade mit seinen Ausführungen zu unserer gegenwärtigen »Weltunordnung«⁶⁸ eindringlich gezeigt. Was also tun, das heißt, wie also den Untersuchungsrahmen von »Kontinuität und Wandel« der politischen Welt überzeugender gestalten? Zunächst sollten wir uns vor Augen führen, dass gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Wandel immer die *drei Seiten* der kosmopolitischen Medaille sind. Das bedeutet, dass sozialer Wandel recht eigentlich im globalen Maßstab stets eine »trialektische« Angelegenheit ist. Hinzu kommt eine besondere »Dialektik«, die Dialektik aus strukturellen und prozessualen Inkompatibilitäten, sprich die Gleichzeitigkeit von modern und postmodern *strukturierten* Einzelgesellschaften sowie prä- und pseudomodernen, die damit beide sowohl Akteure wie Reakteure der diversen transnationalen und internationalen Transformationsprozesse sind. In Summe führt diese »Weltgesellschaftsstruktur« a) zu einem transnationalen kapitalistischen Integra-

mündet in der zugespitzten Alternative »Kapitalismus ohne Demokratie« oder »Demokratie ohne Kapitalismus« (S. 235f.).

67 Jürgen Osterhammel, »Weltordnungskonzepte« in: Jost Dülffer / Wilfried Loth (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 409-428, S. 427.

68 Masala, Weltunordnung, aaO. (FN 64).

tionsprozess sowie b) zu vielfältigen fragmentierten nationalen Desintegrationsprozessen.⁶⁹

2. Die (Neu-)Bestimmung einer Typologie »Politische Kulturen der Welt« ist unerlässlich, will man die gegenwärtige Weltpolitik verstehen

Warum wählen die US-Amerikaner mehrheitlich Trump? Warum wählen die Briten den Brexit aus der EU? Warum verstehen die Polen, die Ungarn und die Türken nicht, wofür die Europäische Union steht und wie man sich entsprechend regelkonform zu verhalten hat? »Populismus«⁷⁰ als Antwort auf diese Fragen mag wissenschaftlichen Kriterien nicht recht genügen – zumal Populismus auch als Antwort auf ein weithin wissenschaftlich erforschtes Phänomen verweisen könnte: ein gehöriges Demokratiedefizit! Versuchen wir es deshalb mit einer komplexeren, historisch-evolutionär fundierten Kategorie, der politischen Kultur eines Gemeinwesens. Nun soll es hier nicht um nationale oder regionalwissenschaftlich erforschte Besonderheiten oder gar um kulturanthropologische oder ethnologische Gemeinsamkeiten und Unterschiede von staatlich verfassten Einzelgesellschaften gehen. Auch wird hier nicht unterstellt, dass es irgendwo eine allzeit gültige, eherne Kultur, etwa eine »Nationalkultur« gebe. Nein, uns interessieren die unterschiedlichen ideellen und materiellen Konstruktionsprinzipien kollektiver Organisation und Identität, die in einer konkreten raum-zeitlichen Konstellation gegeben sind – vor allem im Hinblick und nach Maßgabe der dann je spezifisch zu würdigenden »Wertangebote«.⁷¹ Diesem Ansatz liegt die Auffassung zugrunde, dass es Sinn und Aufgabe politisch-staatlicher Organisation und Führung (Lenkung, Steuerung) ist, vorhandene Ressourcen (ideeller und materieller Art) in kollektiven Nutzen zu transformieren.

Dies erfolgt, so meine zentrale These, a) nach Maßgabe der mentalitätsgeschichtlich sich ausgebildeten und zu Mustern sich verfestigten *Leitideologie(n)* einer staatlich verfassten Einzelgesellschaft, b) auf Basis ihres je spezifischen *Gesellschaftsmodells* sowie c) ihrer sowohl gewachsenen wie gezielt ausgebildeten *Infrastruktur*. Beide, das Gesellschaftsmodell ebenso wie die Infrastruktur eines Staates, können dabei verstanden werden als die materiell-institutionell manifestierten Formen der Leitideologie. Das vierte Wertangebot meines Modells ist d) der Wunsch und das Streben der Menschen eines politisch verfassten Kulturraumes Staat nach *persönlicher Einflussnahme*. Damit ist nicht nur politische Einflussnahme – etwa über Wahlen – gemeint; diese Form fiele

69 Dieter Senghaas, »Die Konstitution der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht« in: *Leviathan* 31, Nr. 1 (2003), S. 117-152.

70 Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016.

71 Ich spreche bewusst von »Wertangeboten« und nicht etwa von »Normangeboten«, denn »Werte unterscheiden sich von Normen, insofern Normen restriktiv sind, Werte aber attraktiv«. Letztere schränken im Gegensatz zu Ersteren den Radius unseres Handelns nicht ein, sondern erweitern ihn. Siehe Hans Joas, »Die kulturellen Werte Europas. Eine Einleitung« in: ders. / Klaus Wiegandt (Hg.): *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt a. M. 2005, S. 11-39, S. 14.

eher unter den unter »Gesellschaftsmodell« zu subsumierenden Wunsch nach Teilhabe an der Willensbildung. »Einflussnahme« meint vielmehr das stärker emotional-moralisch fundierte Bedürfnis nach Teilsein. Hier geht es also eher um das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe/Gemeinschaft/Gesellschaft, technisch gesprochen, um normative Nähe. Einer Gesellschaft, etwa einer korporatistisch verfassten Konsensgesellschaft, die persönliche Einflussnahme erlaubt und goutiert, bringt man eher die entsprechende Loyalität und Solidarität gegenüber auf. Damit einher geht e) die raumzeitlich je unterschiedlich ausgeprägte *Innovationskultur* bzw. -fähigkeit eines staatlich verfassten Gemeinwesens. Gemeint sind damit die vielfältigen Möglichkeiten einer Verschmelzung bzw. Potenzierung von wissenschaftlichem, technologischem und persönlichem Ideenreichtum zum Wohle des Einzelnen und der Allgemeinheit. Einfacher formuliert: das Vorhandensein einer gewissen, auch kritischen Fortschrittsgläubigkeit, die sich materiell und institutionell manifestiert.

Politisch-gesellschaftlich je unterschiedlich ausgeformt und damit auch unterschiedlich attraktiv für Dritte, sind die skizzierten Wertangebote wiederum eingebettet in unterschiedliche *Kulturen*, die – zeitabhängig – kennzeichnend für bestimmte Einzelgesellschaften sind und also als *das* maßgebliche Resultat der erlebten Wertangebote verstanden werden können. Damit ist allerdings *nicht* gesagt, dass die den Lebensalltag *erwartbar* prägende politische Kultur in einer Einzelgesellschaft gleichbedeutend sei mit deren wie auch immer gearteter *Nationalkultur* (s.o.). Der nationale Aspekt kann vielmehr *ein* Kennzeichen einer politischen Kultur sein (Bsp.: »Leitideologie«); aber nicht jede Einzelgesellschaft verfügt über eine Nationalkultur (vgl. etwa den Irak oder die ehemalige Sowjetunion, die, wie sich spätestens heute zeigt, nicht darüber verfügt(en)).

Gabriel Almond hat das Phänomen »politische Kultur« in einem inzwischen als klassisch zu bezeichnenden Aufsatz 1956 wie folgt gefasst: »Every political system is embedded in a particular pattern of orientations to political action. I have found it useful to refer to this as the *political culture*.«⁷² Darauf aufsetzend haben Almond / Verba 1963⁷³ drei Idealtypen Politischer Kultur unterschieden, die hier nicht weiter diskutiert werden sollen⁷⁴, denn wie bei allen systemtheoretischen Ansätzen kommen auch hier die Aspekte der Wandlungsfähigkeit und -notwendigkeit ebenso zu kurz, wie die internen und externen Einflüsse, die die Systemstabilität permanent herausfordern. Gleichviel, der zeitlos gültige Gehalt des Ansatzes von Almond / Verba liegt darin, dass sie – zumindest implizit – als Erste auf die *Dialektik* von politischer *Kultur* und politischer *Struktur* von Gemeinwesen hingewiesen haben. Dies ist umso wertvoller, als dass marxistisch-soziologisch-pseudohistorisch begründete Gegenmodell zu einzelgesellschaftlicher Stabilität und Identität als Basis des internationalen Wettbewerbssystems, das

72 Gabriel A. Almond, »Comparative Political Systems« in: *The Journal of Politics* 18, Nr. 3 (1956), S. 391-409, S. 396, Hervorhebung im Original.

73 Gabriel A. Almond / Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

74 Vgl. hierzu ebenso ausführlich wie kritisch Gunnar Folke Schuppert, *Politische Kultur*, Baden-Baden 2008, S. 4-56.

»Konzept der Welt als eine Entwicklungsgemeinschaft«, weder theoretisch noch gar empirisch annähernd so fruchtbar ist.

Denn nicht nur ist »Entwicklung« ein ideologisch aufgeladenes »leeres Wort«⁷⁵, das die Vermehrung von Lebenschancen und des Glücks vieler durch technischen Fortschritt und damit den Abbau der sozialen und nationalen Spannungen behauptet. Sondern stets »wird, meist undeutlich und unvermerkt, als Ergebnis der Entwicklung die erwartete Ordnung der befriedeten Welt mitgedacht«.⁷⁶ Im Gegensatz dazu bin ich der Überzeugung, dass meine gleich vorgestellten vier *kulturellen* Grundmuster, nach denen sich gesellschaftliche Kollektive *politisch* organisieren, vor allem Quelle von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Konflikten sind – weil sie in toto nicht kompatibel sind. Insgesamt lassen sich meiner Meinung nach idealtypisch weltweit *vier Arten von politischen Kulturen* unterscheiden, die ihrerseits Dutzende von regionalen, religiösen oder nationalen Ausprägungen erfahren können und erfahren haben. 1. Die Kultur der Authentizität. 2. Die Kultur der Selektion. 3. Die Kultur der Differenz. 4. Die Kultur der Inklusion.

Kennzeichen von 1. ist ein das Leben der Angehörigen einer entsprechenden Einzelgesellschaft prägender *Traditionalismus*. Kennzeichen von 2. ist eine je spezifische Form von *Primitivismus*, der fundamentalistisch und/oder chauvinistisch ausfallen kann. Kennzeichen von 3. sind Ausprägungen des politischen *Liberalismus*, Kennzeichen von 4. sind die egalitär-libertären Spielarten des *Postmodernismus*. Da es sich bei den genannten vier Idealtypen eben um *idealtypische* Kennzeichen von Kollektiven handelt, sind in der Realität selbstverständlich Überschneidungen, Abstufungen, strukturelle Ähnlichkeiten und gleiche Leitnormen und -prinzipien *kultursystemübergreifend* zu diagnostizieren. Beispielsweise stützte sich der ebenso fundamentalistische wie chauvinistische nationalsozialistische Primitivismus deutscher Provenienz sehr stark auf traditionelle »deutsche« Werte. Gleichwohl würde ich die »Kultur« des Dritten Reiches nicht als eine »Kultur der Authentizität« verstehen, sondern aufgrund ihrer menschenverachtenden ideologischen *Radikalität* eindeutig als eine »Kultur der Selektion« klassifizieren. Dass es eine inhaltliche Nähe zwischen der »Kultur der Differenz« und der »Kultur der Inklusion« gibt, darauf deuten bereits die etymologisch anklingenden Gemeinsamkeiten von *liberaler* und *libertärer* Lebensführung hin. Gleichzeitig mutet es doch einigermaßen merkwürdig an, die Phänomene »Inklusion« und »Differenz« gedanklich zusammenzubringen. Dies kommt daher, dass jede Kultur, die sich ihrer selbst bewusst ist und ihre Besonderheiten pflegt, sich »exklusiv« versteht und damit in bestimmten Hinsichten *bewusst* different zu anderen. In diesem – logischen – Verständnis kann es eine »Kultur der Inklusion« gar nicht geben, da diese sich ihrerseits exklusiv, also gegenüber anderen Kulturen *different*, verstehen müsste. Sehr wohl aber kann eine Einzelgesellschaft, die auf die Identifikation, Bestimmung und Pflege ihrer Kultur keinen besonderen Wert legt, sich gemäß der *Ideologie* der Inklusion

75 Vgl. zu den zuletzt gemachten Ausführungen Friedrich H. Tenbruck, *Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft. Der Fall Moderne*, Opladen 21990.

76 Tenbruck, *Kulturelle Grundlagen*, aaO. (FN 75), S. 292.

(»multikulturell«, nicht-diskriminierend, universalistisch) politisch-gesellschaftlich organisieren und rechtlich verfassen. Beide kulturell-gesellschaftlichen Ausprägungen (Liberalismus und libertärer Egalitarismus) verstehen sich aber als liberal in dem Sinne, dass sie einem aufklärerisch-rationalen *gesellschaftlichen* Fortschrittsglauben anhängen, in dem der Einzelne und seine Entfaltungsmöglichkeiten oberste Priorität genießen. Dagegen stehen und formieren sich andere Leitideologien, die Kennzeichen anderer politischer Kulturen sind.

Zwar sind die eben vorgestellten vier idealtypischen Ausprägungen über Zeit veränderbar; sie stehen aber stets miteinander im politisch-kulturellen Wettstreit, genauer: in einem dialektischen Wechselverhältnis, das sich aus den vielfältigsten gesellschaftlichen, religiösen, politischen und ökonomischen Eigenheiten speist. Da diese politisch-kulturell unterschiedlich ausgeprägten Gesellschaftsformationen seit Beginn der Moderne in territorialstaatliche Rahmungen eingebettet sind, stehen sie in einem doppelten Spannungsverhältnis zueinander: zum einen sind sie Teil eines *inter-nationalen* Wettbewerbssystems, zum anderen Teil eines regionalen, seit dem 19. Jahrhundert in wachsendem Maße *transnational-globalen* Wettbewerbs unterschiedlichster Formen von Vergesellschaftung.⁷⁷ Anders als von den zahlreichen Weltgesellschaftstheoretikern und -beschwörern unterstellt, wurde dieses Spannungsverhältnis mit dem Ende des ideologischen Systemgegensatzes allerdings nicht in einer potentiell friedlich-universalistischen *einen* Weltkulturformation aufgelöst. Im Gegenteil müssen wir seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in zunehmendem Maße feststellen, dass sich der weltweit bahnbrechende Eigensinn der diversen Einzelgesellschaften und sozialen Gruppen zu neuen, gefährlichen Konfrontationsszenarien entwickelt hat. In diesem Zusammenhang ist folgende These bedeutsam: Aufgrund der dramatisch gesunkenen Bedeutung, die der Besitz von Nuklearwaffen und anderen strategischen und taktischen Waffensystemen heute für die Durchsetzung politischer Ziele in der Weltpolitik spielt sowie aufgrund der vielfältigen weltwirtschaftlichen Dependenz und Interdependenzen, denen sich sämtliche Staaten heute politisch (!) herausgefordert sehen, wird es eine (relativ) stabile Weltordnung, wie wir sie seit dem Westfälischen Frieden in unterschiedlichsten Ausprägungen kennen, auf unabsehbare Zeit nicht mehr geben! Stattdessen kommt es zu immer kurzfristiger virulent werdenden Konfliktsituationen und -verläufen, die das Resultat der unvereinbaren politischen Kulturen der Welt sind. Mithilfe der oben vorgestellten fünf Wertangebote, die in ihrer jeweiligen raum-zeitlichen Ausprägung Kennzeichen einer bestimmten einzelgesellschaftlichen Organisation sind, lässt sich unter Berücksichtigung staatlich kultivierter Machtdimensionen folgende erweiterte Typologie formulieren:

1. Die Kultur der Authentizität – Fokus: collective power,
2. Die Kultur der Selektion – Fokus: material power,
3. Die Kultur der Differenz – Fokus: market power,
4. Die Kultur der Inklusion – Fokus: diffused/soft power.

77 Vgl. Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009.

Politische Kulturen definiere ich deshalb als die Autoritäts- und Herrschaftsmuster und -routinen, die die Organisation des Zusammenlebens eines je spezifischen politischen Kollektivs (hier: Staatsgesellschaft) *rational-identitär* bestimmen und ihre Fundierung in der *emotional-identitären*, mentalitätsgeschichtlich ausformierten Kultur ihres Gemeinwesens finden.

3. Fazit/Ausblick

Nicht Globalisierung, sondern das Spannungsverhältnis von Vereinheitlichung und Differenzierung ist das Kennzeichen der politischen Welt.

Dass die internationale Politik sich am ehesten verstehen und analysieren lässt, wenn man (staatliche) *Interessen und* (individuelle sowie kollektive, besser: soziale) *Identitäten* mit *rationalen und* (sozial-)psychologischen *Methoden* untersucht, könnte denk-schulen-übergreifender Konsens in der Disziplin sein. Leider ist dem nicht so. Denn die Dichotomie von normativ forschenden, sozial konstruierenden und Diskurse analysierenden Kolleginnen und Kollegen auf der einen und Realpolitik untersuchenden und erklärenden auf der anderen Seite überlagert nach wie vor die Möglichkeit einer synthetisch-dialektischen Konzeptualisierung des internationalen Systems als strukturell-kulturell differentem Referenzrahmen. Dies liegt zum einen am methodologischen Individualismus einer breiten Mehrheit der IB-Community, die ihrerseits der Minderheit einen methodologischen Nationalismus unterstellt. Zweitens richtet sich das Erkenntnisinteresse normativ forschender IB-Wissenschaftler auf »civilizing world politics«⁷⁸, die »Entgrenzung der Staatenwelt«⁷⁹ sowie auf »Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln«⁸⁰, wohingegen »Weltunordnung«⁸¹, »Räume der Gewalt«⁸² sowie »Failed States und Globalisierung«⁸³ die vielleicht zeitgemäßerem, konflikttheoretisch zu begreifenden Denkfiguren neorealistic und historisch-soziologisch Forschender sind. Es wird deshalb wohl bis auf weiteres dabei bleiben, dass die Utopie der Weltgesellschaft und die Realität der Staatengesellschaften als zwei getrennt voneinander behandelte Sphären politikwissenschaftlicher IB-Forschung verstanden werden – mit den Gebieten der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Handelspolitik als gemeinsamen Intermediären. Das vorgetragene Plädoyer für eine Renaissance der Grundlagenforschung in den IB versuchte aufzuzeigen, wie diese unglückliche Zwei-

78 Mathias Albert / Lothar Brock / Klaus Dieter Wolf (Hg.), *Civilizing World Politics. Society and Community Beyond the State*, Lanham 1999.

79 Lothar Brock / Mathias Albert, »Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen« in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2, Nr. 2 (1995), S. 259-285.

80 Harald Müller, »Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien« in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1, Nr. 1 (1994), S. 15-44.

81 Masala, *Weltunordnung*, aaO. (FN 64).

82 Jörg Baberowski, *Räume der Gewalt*, Frankfurt a. M. 2015.

83 Jochen Hippler, »Failed States und Globalisierung – Essay« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28-29 (2005), S. 3-5.

teilung überwunden werden könnte. Zunächst wurden fünf Schnittstellen-Themenkomplexe formuliert und inhaltlich problematisiert, die eine mögliche neue, gemeinsame Diskussionsplattform von, nennen wir sie klassisch-altmodisch »Idealisten« und »Realisten« sein könnte. Die wichtigsten Ergebnisse meiner Ausführungen sollen abschließend so festgehalten werden, dass Konturen einer möglichen brauchbaren Großtheorie »Politische Welt« sichtbar werden.

Soziales Handeln ist werte- und wertorientiert und findet in den unterschiedlichsten, jedoch stets *konkreten* strukturellen *und* situativen Handlungskontexten statt. Diese kulturell-politisch geprägten Handlungskontexte (Gesellschaftsmodell, Infrastruktur, Leitideologie(n), Innovationskultur, Möglichkeiten aktiver Einflussnahme) und internalisierten Handlungsoptionen (stärker traditional, pseudo-liberal, liberal, primitiv oder libertär orientiert) bestimmen somit unser individuell-gesellschaftlich er- und gelebtes Leben *wesentlich*. Dies gilt sowohl für die Makroebene (Staat, Welt) wie für die Mikroebene (Alltagswelt). Die gegebenen, aber auch mögliche andere Handlungskontexte auf der Makroebene sind also auf der Mikroebene bekannt – eben als erlebbare/erlebte *Wertangebote*, die ihrerseits handlungsleitend sind: positiv in Form von Zustimmung, negativ durch Umgehung oder Ablehnung. Da sie sich in *globaler* Hinsicht teilweise fundamental unterscheiden, variieren die Präferenzen der sozial zunehmend mobilen Nachfrager aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Insbesondere mit Blick auf die Grundbedürfnisse des Menschen, Sicherheit und Wohlfahrt, unterliegen die Handlungskontexte also stets dem *internationalen* Vergleich. Deshalb tendieren vor allem die einzelstaatlichen Wirtschaftsordnungen sowie die Sicherheitssysteme in Richtung einer sich verstetigenden *strukturellen* Vereinheitlichungslogik. Dadurch gleichen sich auch die Austauschprozesse der diversen Akteure dieser Sachbereiche grenzüberschreitend immer stärker an. Da gemeinschaftliche und gesellschaftliche Großverbände (staatliche Einzelgesellschaften) allerdings kulturell ebenso wie wirtschaftlich und politisch-rechtlich nach Autonomie bzw. Souveränität streben, bleibt es nicht aus, dass sie auf bestimmten Besonderheiten beharren bzw. sich *bewusst* und *aktiv* von den globalen und internationalen Funktions- und Entwicklungszusammenhängen und -logiken abgrenzen, sich also *differenzieren* wollen.

»Politische Kulturen« sind deshalb die sozialwissenschaftliche Kategorie, unter der sich die raum-zeit-abhängig sich verändernden und behauptenden diversen Normsysteme der Erde am besten subsumieren, analysieren und vergleichen lassen. Gegenwärtig und auf nicht absehbare Zeit scheinen staatliche und kulturelle (mentalitätsgeschichtliche) Grenzen wieder an politischer Relevanz zu gewinnen (vgl. insbesondere die Entwicklungen im EU-Europa der letzten Jahre). Damit sind verstärkt Differenzierungsaktivitäten aufseiten zahlreicher internationaler und transnationaler Akteure zu erwarten. Dies führt in der Regel zu Friktionen. Entweder, weil etwa Staaten damit zuvor eingegangene inter-nationale Verpflichtungen einseitig außer Kraft setzen oder, weil ihre Innovationsfähigkeit darunter leidet und sie so – relativ gesehen – in ihrer gesellschaftlich-politisch-ökonomischen Leistungsfähigkeit zurückfallen. Dieses Zurückfallen im internationalen Vergleich führt wiederum zu internen, innenpolitischen Rückkopplungen meist negativer Art (z.B. Wohlstandsverlust/Arbeitslosigkeit, politisch-ideologische Isolierung,

Demokratiedefizit). Auch und gerade nach Differenzierungsanstrengungen, also bewusster Abkoppelung von faktisch oder völkerrechtlich »herrschenden« internationalen Regimen, suchen diese Staaten nach Verbündeten, um so die relativen Nachteile möglichst bi- bzw. multilateral ausgleichen zu können (vgl. exemplarisch das »Antichambrieren« Griechenlands während der Eurokrise mit Russland und die verstärkten Aktivitäten Russlands gegenüber China nach den Sanktionen des Westens infolge der »Krim-Annektion«). Integrativ-kooperativen *Vereinheitlichungslogiken* hingegen ist dieses isolationalistische Verhalten fremd, denn die Vereinheitlichung drückt sich ja gerade in der *aktiven* Bildung von möglichst breiten Allianzen, regionalen und/oder supranationalen Staatenverbänden, gemeinsamen Freihandelszonen und gemeinsamen Institutionen zum wechselseitigen Vorteil aus. Damit ist das freiwillige Prinzip der Gegenseitigkeit für alle Partner gewahrt. Gesamtsystemisch gesehen führen diese *exklusiven* Integrationsaktivitäten einiger gewollt oder gerne akzeptiert zu *kooperativen* Machtgleichgewichtsausformungen im Blick auf Dritte (Bsp.: EU-europäische Integration seit den 1950er Jahren im – wirtschaftlichen – Verhältnis zu den USA, Japan und, später, gegenüber China). Vereinheitlichungsaktivitäten können jedoch auch *einseitig* auf *einen* Staat zurückgehen, der aufgrund seiner überproportional großen Macht- und Bedrohungspotentiale andere Staaten nicht-freiwillig, mehr oder weniger aggressiv, seinem Einflussbereich unterwerfen möchte. Dagegen formieren sich in der Regel wiederum unfreiwillig-freiwillig Staaten-Allianzen auf Gegenseitigkeit (und in der Folge stellt sich ein ungefähres *antagonistisches* Machtgleichgewicht ein). Der Untersuchungsbereich *politische* Welt ist deshalb über *Zeit* gesehen ebenso von *hegemonial* und *imperialistisch* initiierten Vereinheitlichungsprozessen geprägt wie von differenzierenden Gegen-Machtbildungsprozessen.⁸⁴ Dies mag nach *neorealistischer* Old-School-Argumentation klingen. Dass diese zur Erklärung und Prognose der internationalen, transnationalen und supranationalen Beziehungen möglicherweise immer noch am vergleichsweise besten geeignet ist, wird hier behauptet – und sollte mittels verstärkter Grundlagenforschung der zentralen Dimensionen, Methoden, Kriterien und Begrifflichkeiten der IB wieder und wieder grundlegend geklärt werden. Folgende »Statements« sollen diese These abschließend entlang meiner beiden wichtigsten vorgestellten »Gründe für eine Renaissance der Grundlagenforschung in den IB« unterstreichen.

Erstens: Die Bedeutung der Sozialpsychologie für das Verständnis der internationalen Beziehungen. »[Neo-R]ealism is actually a *group-centric* rather than *state-centric* school of thought.«⁸⁵

Zweitens: Die fortwährende Problematisierung/Aktualisierung des Phänomens »Macht« in den IB: »Finding out the truth behind power describes best (...) [Neo-Realists]

84 Vgl. Ulrich Menzel, *Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt*, Berlin 2015 und Werner Link, »Hegemonie und Gleichgewicht der Macht« in: Mir A. Ferdowski (Hg.), *Internationale Politik im 21. Jahrhundert*, München 2002, S. 33-51.

85 Carlo Masala, »Power politics revisited: are realist theories really at odds with the new security threats?« in: Gabi Schlag / Julian Junk / Christopher Daase (Hg.), *Transformations of Security Studies. Dialogues, diversity and discipline*, London 2016, S. 107-121, S. 112, Hervorhebung im Original.

desire to explain.«⁸⁶ Und, mögliche Überraschung: »[Neo-]Realists have [therefore] to accept that their theories have an analytical and a *normative* dimension.«⁸⁷

Drittens: Der Sinn dieses Beitrages eines neorealistic sozialisierten Politikwissenschaftlers: »[R]ealists [should] behave like guerrillas, operating in academic territory mainly controlled by other theoretical forces, reminding other theoretical schools of their deficits, pointing to the still existing importance of material power and the national interest, and criticizing governments for foolish policies.«⁸⁸

Zusammenfassung

Sozial- beziehungsweise politikwissenschaftliche Großtheoriebildung und -anwendung ist derzeit in der Disziplin IB wenig gefragt. Das ist schade, denn die aktuellen Entwicklungen in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Welt verlangen nach neuen Erklärungen und Prognosen. Eine *Typologie der politischen Kulturen der Welt* könnte ein brauchbares Instrumentarium hierfür sein. Denn mithilfe der diesen zugrundeliegenden, raum-zeitlich je spezifischen Merkmalsausprägungen (»Wertangebote«) lassen sich Verhaltensweisen verstehen und strukturelle ebenso wie prozesuale Handlungsmuster erkennen und benennen. Notwendig hierfür ist überdies eine *Neubestimmung* einiger zentraler politikwissenschaftlicher Kategorien sowie die *Erweiterung* der gängigen Forschungsfelder und -methoden um zeitgemäße Hilfswissenschaften und deren Erkenntnisse. Kurz, eine Renaissance der Grundlagenforschung in den IB ist das Gebot der Stunde.

Summary

The development and application of »grand theories« in the areas of social and political science is currently not much in demand in the discipline of IR. That is a shame, as recent developments in the social, economic and political world do actually call for new explanations and prognoses. A *typology of the political cultures of the world* could be a useful tool for this purpose. Because, using the specific spatiotemporal characteristics (»value propositions«) on which these are based, enables behaviours to be understood, and structural as well as procedural behaviour patterns to be identified and determined. Moreover, a *redefinition* of certain central political science categories as well as the *expansion* of the common research fields and methods with modern auxiliary sciences and their findings is necessary for this purpose. In short, a renaissance of basic research in the area of IR is the order of the day.

Volker Düsberg, Operation Grand Theory. Claim for a Renaissance of Basic Research in IR

86 Masala, Power politics, aaO. (FN 85), S. 115.

87 Masala, Power politics, aaO. (FN 85), S. 115, Hervorhebung von mir, VD.

88 Masala, Power politics, aaO. (FN 85), S. 116.